A 002 DGB-Bundesvorstand

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen
Erledigt durch Teile des Antrags A 006

Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1. Lage und Perspektiven

Im Jahr 2008 stürzte die Weltwirtschaft in die schwerste Krise seit 80 Jahren. Ausgelöst von der Krise auf den Finanzmärkten wurden seit Jahren gewachsene Verwerfungen offenbar, die diese große Systemkrise des neoliberalen Wirtschaftsmodells herbeigeführt haben. Umfassende Deregulierung, nicht zuletzt der Finanzmärkte, falsche Ideologien und Politik haben zu einer neuen Polarisierung von Armut und Reichtum im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus geführt. Das Ergebnis sind verschiedene, sich gegenseitig bedingende und alles andere als überwundene Krisen:

Weltwirtschaftskrise

Die Weltwirtschaft war bereits vor der Krise von einer extrem ungleichgewichtigen Entwicklung geprägt. Vor der Krise waren die USA die kreditgetriebene Lokomotive für die Weltmärkte. Die weltgrößten Exporteure, Deutschland, China und Japan, profitierten von der kreditgetriebenen Nachfrage und erzielten kontinuierlich massive Leistungsbilanzüberschüsse. Nach dem Platzen der Blase werden sich US-amerikanische Verbraucher und Unternehmen entschulden. Gleiches gilt für andere Defizitländer wie Großbritannien, Spanien und Irland. Jeder US-Dollar, der in den Schuldendienst fließt, steht aber nicht mehr für den Kauf ausländischer Produkte zur Verfügung. Dieser verschuldungsbasierte Entwicklungstyp der USA und damit auch der Weltwirtschaft ist gescheitert.
Auch die mittel- und osteuropäischen Länder haben inzwischen massive Finanzierungsprobleme und können nicht wie vor der Krise ihre Modernisierung mit gleicher Dynamik vorantreiben. Die Impulsfunktion der ausländischen Märkte für das deutsche Wachstum hat sich abgeschwächt. Dieser Entzug weltweiter Nachfrage wird sich auch auf die deutschen Exportindustrien auswirken. Hier stehen wir vor großen wirtschafts- und industriepolitischen Herausforderungen.

Finanzkrise

Mit Finanzanlagen wurde in den vergangenen Jahren mehr Geld verdient als mit Investitionen in Maschinen, Anlagen und Arbeitsplätze. Nicht nur die berüchtigten Hedgefonds, sondern auch Vorstände und Aufsichtsräte vieler Unternehmen spekulierten auf kurzfristige Gewinne anstatt eine solide und nachhaltige Unternehmenspolitik zu verfolgen. Ermöglicht wurde all dies durch eine Politik der Deregulierung, mit der unverzichtbare Regeln und Kontrollen im Finanzsystem verhindert und beseitigt wurden. Am Ende entpuppte sich die Verheißung ewiger Geldvermehrung als teure Illusion mit katastrophalen Folgen. Auch deutsche Finanzinstitute haben im globalen Finanzkasino mitgespielt und Risiken in Zweckgesellschaften versteckt. Hunderte Milliarden Euro risikobehafteter Papiere belasten langfristig die Stabilität des deutschen Finanzsektors.

Weltweite Beschäftigungskrise

Sie wird durch die völlig unzureichende Schaffung von Arbeit in den Entwicklungsländern verursacht und durch die Zerstörung vorhandener Arbeit in den Industrie- und Entwicklungsländern verschärft.

Konjunkturkrise

Die kreditgetriebene Wachstumslokomotive forcierte Investitionen weltweit, insbesondere in den Schwellenländern. Von dieser Entwicklung profitierte die deutsche Exportindustrie massiv. Die Exportwirtschaft prägte das Wachstumsmodell Deutschlands immer stärker, mit der Folge, dass die Entwicklung von Wachstum und damit Beschäftigung kontinuierlich abhängiger wurde von der Kaufkraft auf den ausländischen Märkten. Allerdings ging die wachsende Bedeutung der Auslandsnachfrage für das deutsche Wachstum einher mit einer wachsenden Schwäche der Binnennachfrage. Die Exporterfolge Deutschlands wurden in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise zur Achillesferse der deutschen Wirtschaft. Denn die seit Jahren darniederliegende Binnennachfrage war in der Krise viel zu schwach, um ein Gegengewicht zum Einbrechen der Nachfrage auf den Weltmärkten zu bilden. Aber: Auch ohne Finanzmarktkrise war der konjunkturelle Aufschwung bereits im Sommer 2008 zu Ende. Eine Ursache dafür sind die in Deutschland trotz des Aufschwungs stagnierenden Arbeitnehmerentgelte in den vergangenen Jahren. Das Bruttoentgelt in Deutschland blieb seit Jahren hinter den Preissteigerungen zurück. Die zunehmende Prekarisierung der Arbeit in vielen Bereichen hat tiefe Spuren in der deutschen Gesellschaft und der Wirtschaft hinterlassen. Eine Folge dieser Entwicklungen ist, dass der private Konsum als Wachstumstreiber ausfiel.

Strukturkrise

Hinzu kommt, dass sich Industriebranchen – wie die Automobilindustrie – in einer tiefen Strukturkrise befinden. Weltweite Überkapazitäten belasten die Unternehmen. Für die spezifische Produktstruktur der deutschen Industrie mit dem Schwerpunkt der Investitionsgüterindustrie würde aber eine reine Ausrichtung auf den Binnenmarkt zu kurz greifen. Ihr Erfolg auf den Weltmärkten ist in erster Linie ein Erfolg gut qualifizierter und motivierter Belegschaften, aber auch das Ergebnis von Industrieclustern und von gewachsenen Zulieferbeziehungen. Eine starke Industrie hätte aber nicht zwangsläufig zu einem so hohen Handelsüberschuss führen müssen. Immer stärkere Fehlentwicklungen bei der Einkommensverteilung, stagnierende Löhne und eine rückläufige Staatsnachfrage haben zu einer Drosselung der Nachfrage geführt. Das hat eine Stärkung der Binnensektoren ebenso verhindert wie eine entsprechende Entwicklung der Importnachfrage.

Sozialstaatskrise

Staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise, darunter die Rettungsschirme für Banken, haben zu einem massiven Anstieg der Staatsverschuldung geführt. Die Steuer- und Abgabenpolitik hat zur Verschärfung der gesellschaftlichen Spaltung beigetragen. Einer Senkung der Steuern für Unternehmen und Bezieher hoher Einkommen folgte z.B. die drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer für alle. In der Renten- und Gesundheitspolitik wurden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusätzliche Belastungen aufgebürdet, die Arbeitgeber hingegen schleichend aus der solidarischen Finanzierung entlassen.
Laut Finanzplanung wird allein die Zinsbelastung für den Bund um über 20 Prozent auf 52 Milliarden Euro im Jahr 2013 steigen. Gleichzeitig erfordert die Schuldenbremse ab 2011 einen erheblichen Konsolidierungsbedarf: Laut Sachverständigenrat müsste der Bund jährlich durch erhöhte Einnahmen und sinkende Ausgaben einen Betrag von sechs Milliarden Euro erzielen, der jedes Jahr bis zum Jahr 2016 durchschnittlich um weitere sechs Milliarden Euro aufgestockt werden müsste. Ohne eine fundamentale Umkehr in der Steuerpolitik hin zu einer stärkeren Belastung von Vermögenden, Empfängerinnen und Empfängern hoher Einkommen und von Unternehmen droht ein sozialer Kahlschlag.

Ökologische Krise

Eingebettet sind diese Krisen in eine sich dramatisch zuspitzende ökologische Krise. Der Klimawandel steht auf der politischen Agenda, ohne dass sich bisher ein Pfad zur notwendigen Senkung der globalen Treibhausgasemissionen schon in diesem Jahrzehnt abzeichnet. Aber auch der rasante Rückgang der Artenvielfalt und die Verknappung zahlreicher natürlicher Ressourcen signalisieren, dass unsere bisherige Wirtschaftsweise nicht zukunftsfähig ist. Dennoch ist von konkreten Ansätzen zu einem qualitativen Wachstum bislang kaum etwas zu spüren. Statt die Krise für einen ökologischen Umbau und für den Ausbau sozialer und öffentlicher Dienstleistungen zu nutzen, werden vorhandene Strukturen zementiert.

Legitimationskrise

Die Politik der Entstaatlichung beeinträchtigte das soziale Fundament unserer Demokratie. Der Staat hat sich in der Vergangenheit immer weiter aus seiner Verantwortung zur Bereitstellung öffentlicher Güter zurückgezogen. Immer mehr Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge – von der Post- und Telekommunikation bis zur Wasser- und Stromversorgung – wurden in private Hände gegeben und den Kräften des Marktes überlassen.

Wer immer mehr Zuständigkeiten an den Markt delegiert, politische Entscheidungen mit den Sachzwängen der Globalisierung begründet und sich in seiner Politik vorrangig den Partikularinteressen der Lobbyisten aus Banken, Versicherungen und Wirtschaftsverbänden beugt, darf sich über den Vertrauensverlust der Politik nicht wundern. Die niedrige Beteiligung an den letzten Wahlen ist ein Warnsignal an alle Parteien.

2. Ursachen der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise

Ein normaler konjunktureller Abschwung ist kaum erklärungsbedürftig. Dies gilt nicht für den historischen Kollaps der Finanzmärkte. Die Ursachen der Finanzkrise liegen in einem Mix aus ökonomischer Ungleichheit, deregulierten Kapitalmärkten und internationalen Ungleichgewichten.
In fast allen Industrieländern stieg in den letzten Jahrzehnten die Ungleichheit. Dies gilt sowohl für die funktionelle (Arbeit- und Kapitaleinkommen) als auch für die personelle Verteilung (Personen- bzw. Haushaltseinkommen). Während die Gewinn- und Vermögenseinkommen explodierten, erreichten die Lohnquoten historische Tiefstände.
Kurzfristige Höchstrenditeerwartungen der Investmentbanken, Versicherungen, Pensionsfonds und anderer Finanzinvestoren bestimmten die Gewinnziele der Unternehmen. Die hohen Renditeansprüche, die Industrie-Manager im Namen des Shareholder-Value reklamierten, konnten in vielen Unternehmen nicht aus gewöhnlichen betrieblichen Produktivitätszuwächsen gespeist werden. Folglich wurden viele Firmen ohne Rücksicht auf langfristige Folgewirkungen ausgeplündert und Beschäftigte zum Verzicht gezwungen. Während die Dividenden stiegen, kürzten die Vorstände die Investitionsausgaben.
Krisenverschärfend war, dass die Rekordgewinne nicht in die Realwirtschaft zurückgeflossen sind. Vielmehr stieg die Geldvermögensbildung stark an. So erhöhten sich die Einsätze im internationalen Casino. Die Kehrseite der steigenden Einkommens- und Vermögenskonzentration waren stagnierende Masseneinkommen. Folglich kam der private Verbrauch nicht mehr vom Fleck.
Die USA lösten diese Wachstumsbremse, indem sie den Konsum über eine wachsende Verschuldung sicherstellten. Mit der Krise funktioniert aber der kreditfinanzierte US-Staubsauger der Weltmärkte nicht mehr. Folglich müssen die bisherigen Trittbrettfahrer der Weltwirtschaft zukünftig ihre Binnenmärkte entwickeln. Tun sie das nicht, droht anhaltende Stagnation.
Durch ein wirtschaftspolitisch vernünftiges Auflegen von Konjunkturprogrammen seitens der großen Industrieländer wurde die wirtschaftliche Talfahrt gebremst. Insofern hat dieses Realexperiment gezeigt, dass Konjunkturprogramme nicht nur ein Strohfeuer entfachen, wie neoliberale Ökonomen immer wieder behaupteten. Ein baldiger Ausstieg aus der aktiven Konjunkturpolitik – Exit-Strategie - würde die schwache wirtschaftliche Erholung massiv gefährden. Viel-

mehr müssen die durch die Konjunkturpakete angestoßenen öffentlichen Investitionen verstetigt und aufgestockt werden. Dank Kurzarbeit und anderer Mittel der Arbeitszeitverkürzung konnte vorerst verhindert werden, dass die historischen Produktionseinbrüche im gleichen Maße auf die Beschäftigung durchschlugen. Vor dem Hintergrund mittelfristig schlechter Absatzperspektiven ist jedoch ungewiss, wie lange die Unternehmen die beschäftigungspolitischen Maßnahmen durchhalten werden, wenn sie in Liquiditäts-, Ertrags- und am Ende in Eigenkapitalschwierigkeiten geraten. Ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit führt unweigerlich auch zu einem schweren Rückschlag für die konjunkturelle Erholung. Steigende Arbeitslosigkeit verringert unmittelbar die Masseneinkommen und damit die Kaufkraft. Mittelbar schwächt sie die Kampfkraft der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften und erhöht den Druck auf die Löhne. Sinkende Arbeitnehmerentgelte und Preise sind Gift für die Volkswirtschaft. Es droht eine sich selbst verstärkende deflationäre Entwicklung: Verbraucher verschieben ihre Kaufentscheidungen und Schuldner können ihre Kredite nicht mehr bedienen. Hierdurch verstärkt sich die Nachfrageproblematik weiter. Wie schwer es ist, aus einer deflationären Situation wieder herauszukommen, hat das japanische Beispiel gezeigt. Es droht eine anhaltende wirtschaftliche Stagnation. Hohe Risiken gibt es auch weiterhin auf den Finanzmärkten. Abschreibungen auf toxische Wertpapiere haben das Eigenkapital vieler Banken aufgezehrt. Weltweit haben Regierungen massive Bankenrettungsprogramme aufgelegt. Zentralbanken haben umfassend Liquidität zur Verfügung gestellt. Trotzdem geben die Banken die Politik des billigen Geldes nicht an ihre Kunden weiter. Deswegen stockt die Liquiditätsversorgung in Teilbereichen der deutschen Wirtschaft. Die Gefahr einer Kreditklemme wird zur Bedrohung für einen möglichen Aufschwung.

3. Kurswechsel der Wirtschaftspolitik

Die Politik hat in der Krise schnell gehandelt. Sie wiederholte nicht die schweren politischen Fehler der großen Depression der 1930er Jahre. Mit Hilfe der heimischen Arbeitsmarktpolitik und staatlichen Konjunkturhilfen wurden hunderttausende Jobs erst einmal abgesichert. Nur wenige Finanzminister sparen gegen die Krise an. Die überwiegende Mehrheit schnürt Konjunkturpakete. Und die Zentralbanken senken kräftig die Zinsen. Die Krise politisch zu bekämpfen ist wichtig. Gleichzeitig müssen jedoch grundlegende Lehren gezogen werden. Ein „Weiter so " darf es nach der Krise nicht geben. Das wirtschaftsliberale Markt- und Staatsverständnis befindet sich in einer schweren Legitimationskrise. Ohne Staat waren die Märkte in dieser historischen Krise nicht mehr zu stabilisieren. Die Vorstellung sich selbst steuernder Märkte wurde einmal mehr als Mythos enttarnt. Die historische Erfahrung lehrt uns aber auch, dass Märkte einen wichtigen Wohlstandsbeitrag leisten. Gleichzeitig sind Märkte sozial und ökologisch blind. Die reformpolitische Herausforderung der Zukunft besteht somit in der umfassenden sozialen und ökologischen Regulierung des modernen Kapitalismus.

4. Forderungen der Gewerkschaften

Gewerkschaften und Betriebsräte haben in den letzten 18 Monaten erfolgreich zur Krisenbewältigung und Beschäftigungssicherung beigetragen.

Mit Beginn der Krise haben wir die Beschäftigungssicherung ganz oben auf der öffentlichen Agenda platziert. Erst der gesellschaftliche Konsens „Keine Entlassungen in der Krise" hat die Unternehmen unter den öffentlichen Druck gesetzt, den Instrumenten der Beschäftigungssicherung Vorrang vor Entlassungen zu geben.

Die Ausweitung der Kurzarbeit, die Nutzung von Arbeitszeitkonten, aber und vor allem die Durchsetzung der Konjunkturpakete I und II sind die Ergebnisse erfolgreicher gewerkschaftlicher Politik.
Die Gewerkschaften fordern, dass aus der Krise grundlegende Lehren gezogen werden. Wir stellen an eine solidarische Reformpolitik folgende zentrale Forderungen:

- Wir brauchen einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte. Die Dreigliedrigkeit unseres Bankenwesens hat sich in der Krise als stabilisierend erwiesen. Deswegen muss der öffentliche und genossenschaftliche Bankensektor weiter gestärkt werden. Ziel ist es, die regionale Kreditversorgung auf hohem Niveau zu stabilisieren. Ein neuer Regulierungsrahmen für die Finanzmärkte sollte langfristige Realinvestitionen fördern und kurzfristige Spekulation diskriminieren. Banken müssen zukünftig wieder der Realwirtschaft dienen. Deswegen müssen Prävention, Haftung und Langfristorientierung gestärkt werden. Exemplarisch hilft ein TÜV für Finanzmarktprodukte mit einem Zulassungsverfahren, striktere Eigenkapitalanforderungen, ein internationales Kreditregister und eine europäische Finanzmarktaufsicht. Ungedeckte Leerverkäufe müssen verboten werden. Für Verbriefungen fordern wir zukünftig einen Selbstbehalt von mindestens 30%. Der Weiterverkauf von Hypothekenkrediten ist gesetzlich zu unterbinden. Der Derivatehandel muss über regulierte Börsen organisiert werden. Ratingagenturen müssen staatlich reguliert werden. Alle Bankgeschäfte müssen in den Bilanzen abgebildet werden. Steueroasen gilt es zu schließen. Mit Hilfe einer Finanztransaktionssteuer lässt sich der kurzfristige spekulative Wertpapierhandel zurückdrängen.

  Der bisherigen Dominanz des Shareholder-Value-Prinzips in der Unternehmensführung muss eine Ausweitung der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung entgegengesetzt werden. Der Einfluss der Stakeholder auf die Unternehmensführung kann auch durch goldene Aktien und strategische öffentliche Beteiligungen (z.B. VW-Gesetz) ausgebaut werden.
- Im Bereich der Währungspolitik bedarf es einer stärkeren Koordination der Wechselkurse zwischen den Dollar-, Euro- und Yenräumen. Um die Gefahr großer Wechselkursschwankungen zukünftig zu beschränken, wäre die Schaffung von Zielzonen ein hilfreicher erster Schritt.
- Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. In Abschwungphasen muss der Staat konjunkturpolitisch gegensteuern. Die aktuelle Krise hat die Bedeutung aktiver Konjunkturpolitik nochmals unterstrichen. Für eine effektive antizyklische Finanzpolitik braucht es aber auch eine Reform der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse und der strikten Verschuldungsregeln des Europäischen Wachstums- und Stabilitätspaktes. Diese verhindern eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Finanzpolitik. Eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kann jedoch nur über einen höheren Wachstumspfad erfolgen.
- Der Staat muss wieder in die Zukunft investieren. Zunächst müssen die durch die Konjunkturpakete erhöhten kommunalen Investitionen über die Krise hinaus dauerhaft verstetigt werden.

Darüber hinaus müssen die öffentlichen Investitionen in Bildung, Gesundheit, Umwelt, Forschung und Entwicklung und Infrastruktur verstärkt werden.

Wir fordern ein nachhaltiges, auf mittelfristige Sicht angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm. Der Anteil der öffentlichen Investitionen an der Wirtschaftsleistung muss mindestens auf das europäische Durchschnittsniveau von 2,5% am BIP angehoben werden. Es gibt große Bedarfe bei Infrastruktur, für mehr und bessere Bildung und Forschung, für den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft, für nachhaltiges Wirtschaften, die Bekämpfung sozialer und kultureller Defizite sowie die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur, Bildung sowie Forschung und Entwicklung sind eine wichtige Grundlage eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums.
In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass Deutschland einen im internationalen Vergleich relativ kleinen Anteil an öffentlichen Beschäftigten aufweist und hier allein zwischen 1998 und 2007 rund eine Million Beschäftigungsverhältnisse abgebaut worden sind. Dieser Trend ist im Vergleich der Industrieländer einmalig – vergleichbare Staaten haben die Zahl der öffentlich Beschäftigten stabil gehalten oder sogar ausgebaut. Er muss umgekehrt werden. Und die öffentliche Hand muss die bestehende Lücke im Bereich der sozialen und gesellschaftsorientierten Dienstleistungen – das sind die Felder Gesundheit, Erziehung und Bildung, Soziales, aber auch die öffentliche Verwaltung – durch eine Erhöhung der öffentlichen Beschäftigung schließen.

- Wir brauchen eine moderne, auf die Entwicklung zukunftsfähiger Wertschöpfungsketten und regionaler Wirtschaftszusammenhänge gerichtete und koordinierte Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik. In der Krise müssen die industriellen Wertschöpfungsketten und die Eigenkapitalbasis der Unternehmen geschützt werden. Hierfür ist ein öffentlicher Beteiligungsfonds das geeignete Instrument. Für Unternehmen, die ein tragfähiges Konzept haben und die Arbeitsplätze erhalten, soll der Zufluss von öffentlichem Kapital (Public Equity) die Eigenkapitalausstattung und die Zukunftsfähigkeit sichern. Das zukünftige qualitative Wachstum muss stärker zwischen Außenwirtschaft und Binnenmarkt ausbalanciert werden. Dabei müssen Bildung, Forschung, Gesundheit, Qualifizierung und der ökologische Umbau eine zentrale Rolle spielen. Die Gewerkschaften fordern verstärkte Anstrengungen, um den Anspruch des Grundgesetzes einzulösen, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundesrepublik zu gewährleisten. Dies gilt im Besonderen für Ostdeutschland.
- Ein handlungsfähiger Staat braucht eine ausreichende Finanzierungsbasis. Die krisenbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben der öffentlichen Haushalte dürfen nicht mit verstärkten Ausgabenkürzungen beantwortet werden. Grundlage für die Finanzierung einer sozialen, beschäftigungsorientierten und ökologischen Politik ist ein solidarisches Finanzierungskonzept. Fortgesetzte Steuerentlastungen für Unternehmen und Reiche haben die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte zusätzlich belastet. Steuergerechtigkeit ist jedoch die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Steuerpolitik muss sich daher grundsätzlich an einer Besteuerung nach Leistungsfähigkeit orientieren. Erforderlich ist eine Politik, die hohe Einkommen, Unternehmensgewinne, hohe Vermögen und Spekulationsgewinne wesentlich höher besteuert, um einen angemessenen Finanzierungsbeitrag zur Modernisierung der gesellschaftlichen und sozialen Infrastruktur zu leisten. Um eine solche Politik im nationalen Rahmen abzusichern, bedarf es auch konsequenter Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, um legaler und illegaler Steuerflucht und einem schädlichen Steuerwettbewerb entgegenzutreten.
- Die trotz erfolgreicher Tarifpolitik immer ungleichere Verteilung von Einkommen und Vermögen muss korrigiert werden. Der politisch gewollten Unterbietungskonkurrenz bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und Sozialstandards (Liberalisierung Leiharbeit, Ausweitung Befristungsregeln, Wegfall Zumutbarkeitsschutz, Ein-Euro-Jobs, Arbeitslosengeld II als Kombilohn etc.) muss künftig durch verstärkte Aktivitäten und Kontrollen zur Einhaltung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen entgegengewirkt werden. Dies erfordert eine Reregulierung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. In der Leiharbeit muss das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gelten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine gesetzliche Grundlage, die ein branchenbezogenes Mindestentgelt auf der Grundlage von Tarifverträgen ermöglicht. Deshalb bedarf es der Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen, um allgemeinverbindliche Mindestentgelte und Arbeitsbedingungen für inländische und ausländische Arbeitskräfte verbindlich zu machen und Lohndumping zu bekämpfen. Zusätzlich ist ein gesetzlicher Mindestlohn einschließlich Mechanismen seiner regelmäßigen Anpassung einzuführen. Dieser gilt dann als unterste Grenze, wenn Tarifentgelte dieses Niveau unterschreiten oder in einer Branche keine Tarifverträge greifen. So ist auch für jene Bereiche eine Haltelinie eingezogen, in denen das System des branchenbezogenen Flächentarifvertrages wegen der Besonderheiten des Wirtschaftssektors nicht oder nicht voll wirksam ist. Die Durchsetzung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ist zu erleichtern. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an die Erfüllung tariflicher und sozialer Mindeststandards zu knüpfen.

Gewerkschaftliche Tarifpolitik orientiert sich an der Entwicklung von Produktivität sowie an der Preisentwicklung und Umverteilungs- sowie Gestaltungszielen. Eine daran orientierte Lohnpolitik ist eine wichtige Voraussetzung für qualitatives Wachstum und Arbeitsplätze

- Qualitatives Wachstum allein reicht allerdings heute nicht mehr aus, um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und langfristig ganz zu beseitigen. Notwendig sind auch in Zukunft kürzere tatsächliche Arbeitszeiten. In einem ersten Schritt streben die Gewerkschaften an, die Überstunden zu reduzieren, Arbeitszeiten besonders belasteter

Beschäftigter zu verkürzen sowie Teilzeitarbeit – soweit gewünscht – sozial abgesichert auszubauen. Generelle Verlängerungen der Arbeitszeit lehnen die Gewerkschaften als völlig falschen Weg ab.

Der Staat hat eine Verantwortung, den ökonomischen Wandel sozial, technologisch und ökologisch mit zu gestalten. Aktiver ökologischer Umbau der Wirtschaft muss die Produkte und Produktionsprozesse einbeziehen und die Energie- und Ressourceneffizienz verbessern. Dort, wo dieser Wandel Arbeitsplätze gefährdet, brauchen wir belastbare Zukunftsszenarien, um Konzepte für alternative Beschäftigung gemeinsam mit Politik und Unternehmen zu entwickeln. Branchenräte sind hierfür das geeignete Instrument.

- In der aktuellen Krise muss auch die Eigentumsfrage neu diskutiert werden. Die bisherige Privatisierungs- und Liberalisierungsbilanz hat nicht überzeugt. Eine flächendeckende, hochwertige und für alle zugängliche Versorgung mit öffentlichen Gütern konnte nicht erreicht werden. Auch für die Beschäftigten in diesen Bereichen ist die Bilanz ernüchternd, betrachtet man etwa die Entwicklung der Löhne und Arbeitsbedingungen privatisierter Bereiche. In welchen Bereichen privates, staatliches, vergesellschaftetes oder genossenschaftliches Eigentum die höchste ökonomische und gesellschaftliche Effizienz bringt, muss wieder neu diskutiert und entschieden werden.
- Sozialer Fortschritt setzt immer auch ein Mehr an Demokratie voraus. Deswegen darf die Demokratie nicht vor dem Werkstor enden. Aktionärs- und Gesellschafterinteressen (Shareholder-Value) dürfen keinen Vorrang mehr gegenüber den Interessen der Beschäftigten und des Allgemeinwohls haben. Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeutet ein Mehr an betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung ebenso wie plurale Eigentumsformen, eine bessere Regulierung und makroökonomische Steuerung.

Die Mitgliedsgewerkschaften und der DGB werden diese Zielsetzungen und Forderungen offensiv gegenüber den Arbeitgebern, der Politik und der Öffentlichkeit vertreten, in ihren Publikationen, Veranstaltungen und Aktionen aufklären und die Mobilisierung in diesem Sinne vorantreiben.